

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann

Abg. Nicole Bäuml

Abg. Konrad Baur

Abg. Oskar Atzinger

Abg. Dr. Martin Brunnhuber

Abg. Christian Zwanziger

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Ich rufe daher die **Tagesordnungspunkte 16 bis 20** zur gemeinsamen Beratung auf:

Antrag der Abgeordneten Nicole Bäuml, Dr. Simone Strohmayr, Doris Rauscher u. a. (SPD)

**Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) konsequent umsetzen I:
Strategie statt Stückwerk - BNE braucht einen konkreten Plan (Drs. 19/7468)**

und

Antrag der Abgeordneten Nicole Bäuml, Dr. Simone Strohmayr, Doris Rauscher u. a. (SPD)

**Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) konsequent umsetzen II:
Mehr Zeit für Projekte einplanen und Finanzierung sichern (Drs. 19/7469)**

und

Antrag der Abgeordneten Nicole Bäuml, Dr. Simone Strohmayr, Doris Rauscher u. a. (SPD)

Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) konsequent umsetzen III: Lehrkräfte stärken - Nachhaltigkeit beginnt mit guter Ausbildung (Drs. 19/7470)

und

Antrag der Abgeordneten Nicole Bäuml, Dr. Simone Strohmayr, Doris Rauscher u. a. (SPD)

Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) konsequent umsetzen IV: Global denken, lokal vernetzen - BNE braucht starke Strukturen (Drs. 19/7471)

und

Antrag der Abgeordneten Nicole Bäuml, Dr. Simone Strohmayr, Doris Rauscher u. a. (SPD)

Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) konsequent umsetzen V:

**Mitbestimmen. Mitwirken. Mitverändern. - Demokratie als Lernziel der Zukunft
fest verankern (Drs. 19/7472)**

Ich eröffne die gemeinsame Aussprache. Die Gesamtredezeit der Fraktionen beträgt 29 Minuten. Die Redezeit der Staatsregierung orientiert sich dabei an der Redezeit der stärksten Fraktion. Als erster Rednerin erteile ich der Kollegin Bäuml er für die SPD-Fraktion das Wort. Bitte schön.

Nicole Bäuml er (SPD): Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Bildung für nachhaltige Entwicklung – kurz: BNE –: Über die Bedeutung dieses Thema sind wir uns alle einig. Die UNESCO fordert es. Die Vereinten Nationen haben es in ihrer Agenda 2030 verankert. Artikel 131 der Bayerischen Verfassung verpflichtet uns dazu. Der BLLV, die GEW, die Elternverbände sagen: Ja, BNE muss endlich konsequent umgesetzt werden. Auch die Bayerische Staatsregierung betont bei jeder sich bietenden Gelegenheit, wie wichtig ihr Nachhaltigkeit und Zukunftskompetenzen seien.

So weit, so gut, könnte man zumindest meinen. Wenn man aber doch einmal genauer hinschaut, wird aus dieser angeblichen Einigkeit leider sehr schnell ein sehr dünnes Lippenbekenntnis; denn die Realität sieht leider anders aus.

Bayern hat bis heute keine BNE-Landesstrategie mit klaren Zielen, mit klaren Standards und mit klaren Zeitplänen. Es gibt keine festen Budgets für BNE-Projekte an unseren bayerischen Schulen. Die Lehrkräfteausbildung behandelt BNE, wenn überhaupt, nur als Anhängsel. Es fehlen regionale Netzwerke mit hauptamtlichen Koordinatorinnen und Koordinatoren. Die demokratische Mitbestimmung zum Beispiel durch Klassenräte fehlt leider an den meisten unserer bayerischen Schulen.

Genau deshalb haben wir als SPD-Fraktion ein umfassendes Antragspaket mit fünf konkreten Anträgen erarbeitet. Wir fordern erstens eine verbindliche Strategie, zweitens ausreichende Ressourcen, drittens eine Stärkung der Lehrkräfteausbildung, viertens den Aufbau regionaler Netzwerke und fünftens die Verankerung demokratischer Beteiligung an unseren Schulen.

Was ist nun also passiert? – Alle fünf Anträge werden von der CSU und den FREI-EN WÄHLERN abgelehnt. Im Bildungsausschuss hieß es damals sinngemäß: Ach, die Defizite, das sei doch alles gar nicht so dramatisch. Bayern setze BNE im Ländervergleich doch eigentlich ganz gut um. Alles sei schon auf einem guten Weg.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, dann fragen Sie doch einmal die Lehrkräfte an den Schulen, ob sie das genauso sehen. Fragen Sie doch einmal die Schulleitungen, die bei einer aktuellen Befragung zu – ich betone – drei Vierteln fehlende Zeit und fehlende Ressourcen als das größte Hindernis für BNE an unseren Schulen benannt haben. Erinnern Sie sich vielleicht auch an die Anhörung aus dem Jahr 2023, die ein ganz anderes Bild gezeichnet hat als das, was Sie im Bildungsausschuss zu zeichnen versucht haben.

Was mich an dieser Debatte so sehr ärgert: Wir alle reden von BNE. Alle betonen, wie wichtig Nachhaltigkeit sei. Wenn es aber um das konkrete Handeln geht und darum, eine Strategie zu entwickeln, Geld in die Hand zu nehmen, Lehrkräfte auszubilden, Strukturen aufzubauen, dann heißt es ganz plötzlich: Nicht nötig, läuft doch alles.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, das ist schlichtweg unglaublich.

(Beifall bei der SPD)

Nachhaltigkeit auf Sonntagsreden zu beschränken und im parlamentarischen Alltag dann jedoch jeden konkreten Vorschlag abzulehnen, das passt einfach nicht zusammen.

Als Lehrerin weiß ich, wie BNE im Schulalltag umgesetzt werden kann und welche Bedeutung das hat. Es bedeutet, jungen Menschen die Kompetenzen zu vermitteln, die sie brauchen, um die Herausforderungen der Zukunft im ökologischen, im ökonomischen und im sozialen Bereich zu meistern. Das Ganze gelingt aber nicht nebenbei. Nein, es braucht Zeit, Geld und den politischen Willen.

Wir als SPD-Fraktion haben diesen politischen Willen und bringen deswegen die fünf konkreten Vorschläge, die in die Praxis umgesetzt werden müssen. Wie es Staatsminister Mehring heute schon betont hat: Bayern redet nicht. Bayern macht. – Kommen Sie also weg von den Lippenbekenntnissen. Kommen Sie hin zum Machen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Der nächste Redner ist der Kollege Konrad Baur für die CSU-Fraktion. Bitte schön.

Konrad Baur (CSU): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Lassen Sie uns optimistisch bleiben, auch Sie, liebe Zuschauerinnen und Zuschauer, zumindest zu Hause am Livestream. Wir reden heute erneut über ein sehr wichtiges Thema, liebe Frau Kollegin Bäumlner. Aus meiner Sicht haben wir es im Bildungsausschuss bereits umfassend beraten. Auch wenn Ihnen das Ergebnis nicht passt, ändert das nichts daran, dass wir eine ganz normale parlamentarische Debatte schon geführt haben und alle Argumente ausgetauscht worden sind. Deswegen kann ich es mir heute relativ leicht machen und will vermeiden, dass wir uns wieder im Klein-Klein verstricken. Ich möchte aber versuchen, von höherer Flugebene zu kommen.

Es ist richtig, es handelt sich um ein umfassendes Antragspaket mit fünf Anträgen. Wenn man sich die Begründungen durchliest, sich die Einlassungen hier am Rednerpult anhört oder die mediale Berichterstattung verfolgt – egal ob es die Berichterstattung über das, was wir hier im Parlament tun und sagen, oder ob es die eigene Öffentlichkeitsarbeit auf verschiedenen Social-Media-Kanälen ist –, dann gewinnt man den Eindruck, als wären wir fast zur Primetime wie in einem Weltuntergangsblockbuster: offenbar steht das bayerische Bildungssystem völlig vor dem Bankrott, kurz vor dem Weltuntergang und alles liegt in Schutt und Asche; bayerische Schüler haben es angeblich so schwer wie sonst kein anderes Schulkind auf der ganzen Welt.

Mir geht diese Überzeichnung tatsächlich viel zu weit. Man sollte diese Bildungsdebatten durchaus auch hier im Plenum führen. Deswegen danke ich an der Stelle dafür, dass wir heute die Gelegenheit dazu haben, das Thema über Hochzieher im Plenum zu diskutieren. Das möchte ich bewusst einmal unterstreichen: Das bayerische Bildungssystem ist alles andere als kurz vor dem Untergang. Das gilt auch für kleinere Themen, die nur einen kleinen Mosaikstein im gesamten Bildungssystem ausmachen.

Warum ist es denn zum Beispiel so, dass Bayern in vielen Rankings tatsächlich führend ist? Warum ist es so, dass genau diejenigen, die immer den kompletten Umsturz, der notwendig sei, für das Bildungssystem propagieren, dort, wo sie in Regierungsverantwortung sind, in den Tabellen bzw. Rankings aber immer ganz weit hinten sind? Schauen Sie doch mal auf Bremen. Schauen Sie doch mal auf Brandenburg, und dann schauen Sie auf Bayern. Ich erspare Ihnen jetzt die Frage – das ist ja eine unangekündigte Leistungsabfrage, wenn ich das jetzt offiziell fragen würde –, wer denn dort in Regierungsverantwortung ist. Sie können das aber im Nachgang ganz in aller Ruhe recherchieren, wer in Berlin, Brandenburg oder Bremen in Verantwortung ist und wer hingegen hier in Bayern in der Verantwortung ist.

Zweitens möchte ich an dieser Stelle deutlich machen: Wir sind sehr froh über alle im Schuldienst, die das sehr gewissenhaft machen, auch entgegen jedem Angriff von außen, der immer wieder durch Ihre Anträge zumindest formuliert wird. Die bayerischen Lehrerinnen und Lehrer arbeiten hervorragend. Sie tun das auch im Bereich der BNE, der Bildung für nachhaltige Entwicklung. Sie nehmen übrigens auch die Angebote, die wir zur Verfügung stellen, sehr gut an. Die Zahlen zeigen das sehr deutlich. Das zeigt sich sowohl beim Angebot, was wir anbieten oder darstellen, als auch bei dem – das ist ja das Tolle –, was tatsächlich nachgefragt wird.

Ich möchte an dieser Stelle noch etwas betonen: Es wird immer schnell so dargestellt, als ob wir, wenn wir einen Antrag ablehnen, das bloß aus Bösartigkeit gegen die Opposition machen würden. Auch das ist Teil der Demokratie, dass man nach einer inhaltlich geführten Debatte anderer Meinung sein kann. Sie haben es ja selber schon

etwas polemisch anklingen lassen: Na ja, hier wird so getan, als ob dieses oder jenes – – Nein! Es wird berichtet, wie der Sachstand ist. Genau das ist der Fall. Wenn Sie es anders darstellen wollen, dann bleibt Ihnen das unbenommen.

Aber tatsächlich sind wir bei diesen Themen wirklich sehr gut dran. Ich habe kurz ausgeführt, was die bayerischen Lehrerinnen und Lehrer hier schon leisten. Das Thema ist in der LPO in allen Schulformen und auf allen Ebenen fest verankert. Man muss zum Schluss auch anerkennen: Es ist keinerlei Aktivität oder Intention der Bayerischen Staatsregierung erkennbar – weder von der Frau Kultusministerin noch von der Regierungskoalition aus CSU und FREIEN WÄHLERN und auch nicht vom Ausschuss mit der Vorsitzenden oder von wem auch immer –, dass wir auch nur einen Schritt zurückgehen wollen bei diesem Thema.

Uns ist das Thema sehr wichtig; aber wir müssen einfach anerkennen, dass wir tatsächlich schon auf einem sehr guten Weg sind. Zu einem demokratischen Diskurs gehört es einfach dazu, dass man auch anderer Meinung ist. Sie haben Ihre Meinung; ich habe die meine. Meine habe ich soeben geäußert und klargestellt. Ich sehe schon die Meldung zu einer Zwischenbemerkung und freue mich auf sie. Meine lieben Kolleginnen und Kollegen, herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Die Kollegin Bäumlner von der SPD-Fraktion hat sich zu einer Zwischenbemerkung gemeldet. Bitte schön.

Nicole Bäumlner (SPD): Herr Kollege Baur, zunächst einmal finde ich es tatsächlich sehr bedenklich, dass Sie einen Großteil Ihrer Redezeit darauf verwendet haben, um nicht über das konkrete Thema zu sprechen, sondern einfach einen Rundumschlag zu machen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Wie stehen Sie denn dazu, dass sowohl Lehrkräfteverbände als auch Elternverbände sowie Lehrkräfte und auch Schulleitungen Ihnen nicht zustimmen, wenn Sie davon reden, wie toll die Bayerische Staatsregierung schon den Weg bereitet?

In einem Punkt gebe ich Ihnen recht: Es läuft an unseren Schulen schon einigermaßen viel; aber das haben wir den Lehrkräften zu verdanken und nicht den Rahmenbedingungen, die die Staatsregierung gesetzt hat.

(Beifall bei der SPD)

Konrad Baur (CSU): Vielen Dank für den letzten Halbsatz, weil er ehrlicherweise diesen kompletten Irrsinn verdeutlicht. Wenn wir alles, was gut läuft, nicht der Staatsregierung zu verdanken hätten, sondern bloß alles, was schlecht ist, dann wäre da irgendwo ein Systemfehler.

Ich habe mich an die Lehrerinnen und Lehrer gewandt und gesagt: Sie leisten dankenswerterweise sehr viel, und dafür haben wir große Wertschätzung übrig. Wenn Sie allerdings daraus den Rückschluss ziehen, dass alles, was hier die Staatsregierung macht, eigentlich nur Makulatur ist, dann bringt es ja ohnehin nichts, dass wir noch weiterreden; wofür sollte man denn überhaupt über Anträge diskutieren? Wenn Sie mir jetzt umgekehrt vorwerfen, dass das alles nichts mit der Leistung der Staatsregierung zu tun hätte – weder im Guten noch im Schlechten –, dann erschließt sich das für mich tatsächlich so nicht.

Auf Ihre erste Frage gehe ich selbstverständlich sehr gerne ein. Ich habe gesagt: Wir haben im Bildungsausschuss wirklich abschließend und detailliert mit allen Rednerinnen und Rednern, zu denen, glaube ich, auch Sie oder zumindest Ihre Kollegin Strohmayr gehört haben, detailliert darüber diskutiert. Deswegen habe ich mir das heute herausgenommen. Es steht einem Parlamentarier zu, die Kamera etwas nach oben zu führen, weil ich einfach mal grundlegend klarmachen wollte, dass es eben nicht so ist im bayerischen Schulsystem, dass alles sehr schlecht ist. Im Gegenteil, es ist sehr gut.

(Beifall bei der CSU)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Nächster Redner für die AfD-Fraktion ist der Abgeordnete Oskar Atzinger. Bitte schön.

(Beifall bei der AfD)

Oskar Atzinger (AfD): Herr Vizepräsident, Kolleginnen und Kollegen! Multum, non multa – Qualität, nicht Quantität. Die SPD beglückt uns heute mit gleich fünf Anträgen mit dem Zweck, Bildung für nachhaltige Entwicklung in unseren Schulen konsequent umzusetzen. Die fünf Vorschläge, wie dies aus Sicht dieser Partei geschehen soll, glänzen allerdings nur durch Quantität und leider nicht durch Qualität. Hier einige Beispiele.

Junge Menschen sollen "kompetent auf Klima-, Umwelt- und Sozialkrisen" vorbereitet werden. Die ersten beiden vom rot-grünen Narrativ selbst erfunden, Letztere durch rot-grüne Politiker selbst verursacht.

(Heiterkeit bei der AfD)

Der Totengräber versucht sich nun also als Arzt. Unter dem Anschein der Generationengerechtigkeit werden mehr Personal und ausreichend finanzielle Mittel zum Erreichen der Nachhaltigkeitsziele gefordert. In Wirklichkeit ist dies aber nichts anderes als Klientelpolitik für links-grüne Akademiker.

Bildung für nachhaltige Entwicklung soll verpflichtender Bestandteil der Lehramtsprüfungsordnung sämtlicher Lehramtsstudiengänge werden. Wer den menschengemachten Klimawandel also anzweifelt, hätte in Zukunft kaum mehr eine Chance, Lehrer zu werden.

Koordinatoren sollen die Entwicklung überwachen, und unter dem Deckmantel der demokratischen Mitbestimmung sollen Klassenräte implementiert werden; denn Parti-

zipation erhöhe die Akzeptanz und Wirksamkeit. – Schule soll also in Zukunft ein Ort sein, an dem vorrangig Gesinnung statt Wissen vermittelt wird.

Auch die AfD befürwortet Nachhaltigkeit. Wir sprechen uns aber in unserem Rahmenprogramm für die Kommunalwahl 2026 für örtliche Lebensqualität statt Agenda 2030 aus. Dabei stellt sich die AfD gegen eine vorgebliche Nachhaltigkeitspolitik, die viel Geld verschlingt, in Wirklichkeit aber die Lebensqualität in unserer Heimat verschlechtert. Die AfD stellt sich strikt gegen das Erzwingen der Verfolgung von UN-Zielen auf kommunaler Ebene und gegen die Steuergeldfinanzierung von Nichtregierungsorganisationen, die global und nicht lokal denken und handeln. Stellt man alle kommunalen Vorhaben immer unter den Vorbehalt der vermeintlichen Nachhaltigkeit oder des Klimaschutzes, dann werden diese Vorhaben nur bürokratischer und damit teurer und langwieriger.

Ist es aber nachhaltig, wenn Millionen von Menschen zu uns kommen, die größtenteils von Sozialleistungen leben und für die wir neuen Wohnraum schaffen müssen? Ist es aber nachhaltig, wenn für die Elektromobilität hierzulande anderswo auf der Welt Rohstoffe abgebaut werden müssen und dadurch dort die Umwelt zerstört wird? Ist es aber nachhaltig, wenn Lebensmittel, die auch hier produziert werden können, aus anderen Kontinenten importiert werden und damit die Lebensgrundlage unserer Landwirte zerstört wird? – Nein, das ist es nicht!

Daher lehnen wir die Anträge der SPD allesamt ab. Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der AfD)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Danke schön. – Der nächste Redner ist Herr Kollege Dr. Martin Brunnhuber für die Fraktion der FREIEN WÄHLER. Bitte schön.

Dr. Martin Brunnhuber (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, sehr geehrte Damen und Herren! Ich bin, ehrlich gesagt, sehr dankbar, diese Anträge heute auf dem Tisch zu haben; denn dadurch kann ich einiges klarstellen:

Zunächst bin ich unserer Kultusministerin Anna Stolz sehr dankbar, dass sie den Schulen vor Ort Freiräume gibt und ihnen die Eigenverantwortung zuspricht, Projekte durchzuführen. Bildung für nachhaltige Entwicklung ist nichts, was irgendwo im Külschrank gewachsen ist. Die Bildung für nachhaltige Entwicklung ist vielmehr in einem Prozess entstanden. Die Grundlage ist, dass wirklich jeder an den Schulen auf die Nachhaltigkeit und das Einsparen von Ressourcen achtet. Diese Bestrebungen gibt es schon sehr lange.

Ich kann mich an meine eigene Zeit in der Schule gut erinnern. Ich war stellvertretender Schulleiter. Ich habe die Ausstellung "Klimaladen", bei der es um das Einsparen von Ressourcen in der Textilindustrie ging, schon vor 15 Jahren an meine Schule geholt. Diese Ausstellung ist wirklich gut; denn sie ist im Rahmen eines basisdemokratischen Prozesses an die Schule gekommen. Das Schulforum und die Klassensprecher haben sich damals zusammengetan und gesagt: Wir wollen auf die weltweiten Missstände in der Textilindustrie hinweisen.

Nun zum Projekt "Klimaschule". Meine letzte Schule war Partnerschule für das Projekt "Biosphärenregion Berchtesgadener Land" und für den Nationalpark Berchtesgadener Land. Jetzt kommt es: Uns vorzuwerfen, dass wir keine Strategien hätten, ist schlichtweg falsch.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Die Bildung für nachhaltige Entwicklung ist seit Jahren an den Schulen verankert. Sie geht auf das Grundgesetz zurück und ist im BayEUG mit den Worten "Verantwortungsbewusstsein für Natur und Umwelt" manifestiert. Von diesem Grundsatz leiten sich sehr viele Projekte ab, die in der Praxis umgesetzt werden. Hier gibt es keine

Freiwilligkeit. Jeder hat sich diesem Grundsatz unterzuordnen, weil das eines der höchsten Bildungsziele ist, die wir in Bayern haben.

Ein Argument der SPD lautet, Bildung für nachhaltige Entwicklung würde nicht verbindlich umgesetzt. – Dieses Argument stimmt nicht. Herr Kollege Baur hat schon gesagt, dass Bildung für nachhaltige Entwicklung in allen Schularten fächerübergreifend in den Lehrplänen verankert ist. Es gibt jedoch kein Fach "Bildung für nachhaltige Entwicklung", in dem Leistungsnachweise erbracht werden müssen und gefragt wird: Wie hat sich denn deine Einstellung verändert? – Dies abzu prüfen, ist nicht unser Ziel. Das wäre auch grundlegend falsch; denn Einstellungen kann man nicht in Noten messen. Einstellungen müssen durch basisdemokratische Prozesse wachsen.

Die SPD sagt weiter, die Lehrkräfte wären nicht ausreichend qualifiziert. – Hier sprechen die Fakten für uns: Wir haben das Thema "Bildung für nachhaltige Entwicklung" im Studium, im Vorbereitungsdienst und in der dritten Phase, der Weiterbildung, an allen Schulen verankert. Im Jahr 2024 sind 600 staatliche Fortbildungen zu diesem Thema durchgeführt worden, an denen insgesamt 14.000 Lehrkräfte teilgenommen haben. Das ist eine beachtliche Zahl, die natürlich noch gesteigert werden kann. Ich denke aber, dass bei anderen Themen erst einmal eine solche Teilnehmerzahl erreicht werden muss.

Die SPD behauptet, die Klimabildung komme zu kurz. – Auch das stimmt nicht. Durch Programme wie die "Klimaschule Bayern" wird die Klimabildung enorm in den Vordergrund gerückt. Das wird auch zunehmend wichtiger. Wir haben schon oft im Landtag über Starkregenereignisse, veränderte Wetterbedingungen, das Einsparen von Ressourcen und die Wassernutzung diskutiert. Diese Themen werden sich in den Lehrplänen widerspiegeln, sie werden aber nicht aufgesetzt; denn sonst könnten wir nicht ressourceneffizient auf die Fragen vor Ort reagieren.

Das zentrale Problem dieser Anträge besteht darin, dass Sie damit Defizite konstruieren, die nicht vorhanden sind. Mit unserer Strategie einer Bildung für nachhaltige Entwicklung haben wir verhindert, dass solche Defizite entstehen.

Unser Hauptargument gegen dieses Antragspaket lautet: Sie haben damit die außerschulische Bildung überhaupt nicht berücksichtigt. Hier tut sich einiges. Dieses Thema ist nämlich auch in unserer Bildungsstrategie für außerschulische Einrichtungen fest verankert. Eine Weiterentwicklung ist hier sinnvoll und wird auch angestrebt. Vielleicht bringen Sie auch einmal Anträge zu den außerschulischen Einrichtungen ein. Das würde mich freuen; denn dann kann ich wiederum Gegenargumente sammeln.

Meine Schlussfolgerung: Wir sind hier auf einem guten Weg. Das bedeutet aber nicht, dass dieser Weg abschließend ist. Wir haben einen Weg beschritten, der genau in die richtige Richtung führt und der uns dem wichtigen Thema der Bildung für nachhaltige Entwicklung näherbringt. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Mir liegt eine Meldung zu einer Zwischenbemerkung der Frau Kollegin Nicole Bäuml er von der SPD-Fraktion vor. Bitte schön.

Nicole Bäuml er (SPD): Herr Kollege Brunnhuber, Sie haben in Ihrer Rede gesagt, ich würde Defizite konstruieren, die so nicht vorhanden seien. Wenn Sie meiner Rede aufmerksam gefolgt sind, haben Sie mitbekommen, dass ich aufgezeigt habe, dass von verschiedenen Lehrkräften und Elternverbänden die fehlende Strategie moniert wird. Das haben Schulleitungen und Lehrkräfte getan, mit denen nicht nur ich im Austausch war, sondern die sich auch in den Medien dahin gehend geäußert haben, dass diese Strategie fehle.

Ich habe nicht behauptet, dass das Thema in der Lehrkräfteausbildung gar nicht stattfindet. Lehrkräfte spiegeln aber wider, dass sowohl in der Lehrkräfteaus- als auch in der -fortbildung dieses Thema nicht ausreichend verankert sei. Wie kommen sie

dann zu dem Schluss, dass ich Defizite konstruieren würde? Diese Defizite habe nicht ich mir in meinem Hirn ausgedacht, sondern sie wurden von Lehrkräfteverbänden, Schulleitungen und Lehrkräften so benannt.

Dr. Martin Brunnhuber (FREIE WÄHLER): Vielen Dank für diese Frage. – Das ist Ihre eigene Wahrnehmung. Ich habe eine ganz andere Wahrnehmung. Meine Wahrnehmung basiert auf den Aussagen der Schulleiterinnen und Schulleiter, die gesagt haben: Nein, wir brauchen nichts Zusätzliches, sondern wir brauchen Eigenverantwortung vor Ort. Diese Eigenverantwortung hat uns unsere Kultusministerin mit ihrer Strategie gegeben.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Danke schön. – Der nächste Redner ist Herr Kollege Christian Zwanziger für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Bitte schön.

Christian Zwanziger (GRÜNE): Herr Vizepräsident, meine Damen und Herren! Herr Kollege Brunnhuber, ich hätte mir gewünscht, dass wir hier nicht nur warme Worte für die Bildung für nachhaltige Entwicklung finden, sondern dass wir ernsthaft darüber diskutieren, was sich verändern muss. Herr Kollege Brunnhuber, Sie haben warme Worte gefunden. Sie haben von der Eigenverantwortung und den Entscheidungsmöglichkeiten vor Ort gesprochen. – Ich bin für mehr Entscheidungsmöglichkeiten vor Ort und für mehr Eigenverantwortung an den Schulen. Es ist jedoch eine Illusion, über diese Themen zu sprechen, wenn wir nicht gleichzeitig über die dafür nötigen personellen und finanziellen Ressourcen sowie über die Begleitung sprechen.

Es ist gut, dass es 600 Schulungen gab, an denen 14.000 Lehrerinnen und Lehrer teilgenommen haben. Sie wissen aber, dass diese Leute ebenso wenig die Fläche abbilden wie die fünf Prozent der Schulen, die Klimaschulen sind. Die Bildung für nachhaltige Entwicklung muss als globaler Ansatz verstanden werden. Sie muss ein Querschnittsthema sein. Mit einem Anteil der Klimaschulen von fünf Prozent und

600 Schulungen kommen wir nicht weiter, so groß diese Zahlen vielleicht auch klingen mögen.

Bei den Anträgen, die die SPD vorgelegt hat, erkenne ich viele Forderungen wieder, über die wir schon in der letzten Wahlperiode diskutiert haben. Das sind aber Facetten. Sie haben heute das Thema Erwachsenenbildung aufgemacht. – Bitte, gerne. Sie können aber nicht behaupten, dass diese Anträge zu pauschal seien und damit alles Mögliche gefordert werde, wenn Sie gleichzeitig behaupten, die Erwachsenenbildung müsste in diese Anträge auch noch aufgenommen werden. Ich glaube nicht, dass sich Frau Kollegin Bäumlner und die anderen Kolleginnen und Kollegen der SPD und der GRÜNEN im Bildungsausschuss gegen eine bessere Erwachsenenbildung beim Thema "Bildung für nachhaltige Entwicklung" wenden würden.

Herr Kollege Baur, eines hat mich bei Ihnen fasziniert: Sie haben gesagt, dieses Thema sei im Ausschuss ausführlich beraten worden. Frau Kollegin Dr. Strohmayer war zu diesen Anträgen die Mitberichterstatterin. Ich habe das Protokoll angeführt, weil ich es vor der Sitzung heute durchgelesen habe. Ich war ein bisschen über die Aussage "ausführlich" erstaunt. Ich lese da ganze 17 Zeilen Mitberichterstattung zu dem Thema. Da war lange nicht der Strauß an Gegenargumenten dabei, wie Sie ihn heute aufgemacht haben. Das ganze Protokoll zu dem Tagesordnungspunkt umfasst zweieinhalb Seiten Text. Man kann es auch mal kurz machen. Aber so zu tun, als ob das die ausführlichste Beratung über Bildung für nachhaltige Entwicklung gewesen sei, wie sie der Landtag noch nicht gesehen hat, fand ich sportlich, fand ich ambitioniert. Ich finde es aber vor allem nicht richtig an der Stelle.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Das ist geschenkt. Aber Sie haben noch eine andere Sache gesagt, die mich irritiert hat, nämlich diese Anträge seien "ein Angriff von außen". Ich habe gedacht: Wo sind wir jetzt? Reden wir jetzt über Putin und Trump, oder worüber reden wir denn? – Es ist doch das Normalste der Welt, dass wir im Parlament Vorschläge von Oppositions-

fraktionen, Vorschläge von Regierungsfraktionen diskutieren. Sie haben es gesagt: Die müssen nicht einer Meinung sein. Aber bei Formulierungen wie "ein Angriff von außen" würde ich doch bitten, dass Sie das zukünftig bei der Redevorbereitung vielleicht ein bisschen herunterfahren und für Sachen aufheben, die wirklich Angriffe von außen sind.

(Beifall bei den GRÜNEN)

An einem Punkt habe ich kurz aufgehört. Da habe ich mich gefreut. Da dachte ich, es geht in eine Richtung, die mir gefällt. Ich habe vier Jahre lang im Bereich Entwicklungszusammenarbeit gearbeitet. Bildung für nachhaltige Entwicklung war quasi der inländische Teil für globales Denken und globale Zusammenhänge, nicht allein für Klima und Umwelt, wie das bei Ihnen beiden betont worden ist, sondern auch für Mensch-Umwelt-Zusammenhänge, für globale Zusammenhänge von menschlicher Entwicklung, von Bildung, von vielem anderen. Sie haben gesagt, Sie wollten mal eine andere Flugebene erreichen. Ich habe gedacht, Sie gehen jetzt genau auf diese globale Ebene, genau auf das Globale, das eigentlich gefordert ist, um dann lokal zu sagen, welches Rüstzeug, welches Verständnis, welche Fertigkeiten Menschen brauchen und welche Projekte man auch einmal durchführen kann, um zusammen vernetzt zu denken und das zu sehen. Aber dann sind Sie in eine ganz andere Richtung abgebogen.

Deswegen möchte ich noch einmal betonen: Bildung für nachhaltige Entwicklung ist eben nicht allein Wissen über Klimawandel, ist nicht allein Umweltbildung. Bildung für nachhaltige Entwicklung ist im besten Fall für junge und auch für ältere Menschen ein Leben lang das Rüstzeug, um globale Zusammenhänge zu verstehen, um zu verstehen, dass es ein ziemlich billiges Argument ist zu sagen, mit Klimaschutz in Deutschland retten wir die Welt nicht, sondern um auch zu verstehen, dass alles zusammenhängt. Natürlich ist jeder immer nur ein kleiner Teil, aber globales Denken und lokales Handeln gehören zusammen. Das sollte eigentlich Bildung für nachhaltige Entwicklung in Bayern leisten.

Die Vorschläge der SPD-Fraktion, denen wir zugestimmt haben, halte ich weiterhin für richtig. Wir können uns darüber streiten, ob schon etwas passiert oder ob es genug ist. Wir finden, es ist nicht genug. Sie finden, es ist genug. Wir werden bei den nächsten Anhörungen wahrscheinlich von allen Experten wie auch beim letzten Mal gesagt bekommen, es ist noch nicht genug. Deswegen verstehe ich die Diskussion nicht und werbe noch einmal um Zustimmung für die SPD-Anträge.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Die Fraktionen sind übereingekommen, dass über die Anträge gemeinsam abgestimmt werden soll. Die jeweiligen Voten im federführenden Ausschuss für Bildung und Kultus werden hier zugrunde gelegt.

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens im Ausschuss für Bildung und Kultus einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Damit übernimmt der Landtag diese Voten. Das heißt, die fünf Anträge sind abgelehnt.